



Karl Brenke
Wissenschaftlicher Referent im Vorstand
des DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN AN KARL BRENKE

»Ausnahmen bei sozialen Gruppen wären kontraproduktiv«

1. Herr Brenke, das DIW Berlin hat eine Studie über Mindestlöhne aktualisiert. Die neuen Daten stammen aus dem Jahr 2012 – die vorherigen stammten aus dem Jahr 2011. Was hat sich verändert? Es wurde untersucht, wie viele Arbeitnehmer einen Stundenlohn unter der Mindestgrenze von 8,50 Euro erhalten. An den Strukturen hat sich nicht viel verändert. Solche Arbeitnehmer findet man vor allen Dingen in Ostdeutschland, unter den weiblichen Beschäftigten und natürlich bei erwerbstätigen Rentnern, Studenten und Minijobbern. Statistisch signifikant kann man es nur für die Vollzeitbeschäftigten nachweisen, aber die Zahl derjenigen, die Stundenlöhne unter 8,50 Euro bekommen, ist ungefähr um eine halbe Million auf etwa 5,2 Millionen gesunken. Das wird wohl daran liegen, dass ein erheblicher Teil von Arbeitnehmern knapp unter 8,50 Euro pro Stunde lag und im Zuge von allgemeinen Lohnerhöhungen über diese Hürde springen konnte. Wenn man die Auszubildenden ausklammert, beziehen zurzeit etwa 15 Prozent aller Arbeitnehmer einen Lohn, der unter 8,50 Euro pro Stunde liegt.
2. Welche Auswirkungen wird der von den Koalitionsparteien vereinbarte Mindestlohn haben? Unsere Zahlen sind von 2012, die Mindestlöhne aber sollen flächendeckend erst ab 2015 eingeführt werden. In der Zeit dazwischen wird es sicherlich noch Arbeitnehmer geben, die auch über diese Mindestlohngrenze springen werden, sodass davon auszugehen ist, dass bis zum Jahr 2015 weit unter fünf Millionen Arbeitnehmer von den Mindestlohnregelungen betroffen sein werden.
3. Was ist mit den Ausnahmen, die gegenwärtig diskutiert werden? Die CSU will bestimmte Arbeitnehmergruppen ausklammern. Das sind beispielsweise Rentner sowie Schüler und Studenten. Ähnlich argumentieren die Arbeitgeberverbände, die zusätzlich noch Personen jüngerer Alters ausgeklammert haben wollen. Das würde natürlich die Zahl der Mindestlohnempfänger nochmals um einige Hunderttausend senken. Ich habe aber Probleme damit, dass bestimmte soziale Gruppen

ausgeklammert werden sollen. Das könnte dazu verleiten, dass Arbeitsplätze dann gerade mit diesen Personen besetzt werden und zu Verdrängungseffekten auf dem Arbeitsmarkt führen.

4. Wären Ausnahmen zum Mindestlohn kontraproduktiv oder notwendig? Sie können kontraproduktiv sein, wenn man sie auf soziale Gruppen bezieht. Sie müssen aber nicht kontraproduktiv sein, wenn man sie auf bestimmte, genau definierte Tätigkeiten bezieht, die andere Tätigkeiten gar nicht ersetzen können. Das zeigen Beispiele aus anderen Ländern wie etwa den USA.
5. Wie stark müssten die Löhne der Geringverdiener durchschnittlich angehoben werden, um den Mindestlohn von 8,50 zu erreichen? Man müsste bei den Geringverdienern die Löhne insgesamt erheblich anheben, weil es doch viele Personen gibt, die ziemlich niedrige Löhne bekommen. Das wäre vor allem bei den Minijobbern der Fall. Bei diesen Personengruppen wäre mit Lohnsteigerungen von knapp 40 Prozent zu rechnen.
6. Wie ist die Lage von Arbeitnehmern, die nicht nach Arbeitszeit bezahlt werden? Das ist völlig ungeklärt. Wie beurteilt man beispielsweise die Arbeitsplätze von Taxifahrern, die eine Umsatzbeteiligung bekommen? Die bekommen ja keinen fixen Stundenlohn. Das ist ja auch durchaus rational, sonst würde man als Arbeitnehmer für lange Standzeiten belohnt werden. Hier muss die Politik noch genaue Regelungen liefern.
7. Wie sollte die Umsetzung der Mindestlohnregelung in der Praxis kontrolliert werden? Das ist eine offene Frage. Klar ist, wenn ich staatliche Regulierungen einführe, muss natürlich kontrolliert werden, ob die Spielregeln eingehalten werden. Es darf nicht sein, dass jemand, der unfair spielt, sich Vorteile im Wettbewerb verschafft. Wir müssen hier schärfere Kontrollen haben und die Arbeitszeiten nachweisbar kontrollieren können. Eins ist gewiss: An einer Stelle schafft der Mindestlohn bestimmt Arbeitsplätze, und zwar bei den Kontrolleuren.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden
Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Heike Belitz
Dr. Markus Grabka

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.